

1. Radikale Demokratietheorie zwischen Theorie und Praxis

Radikale Demokratietheorien unterhalten ein besonderes Verhältnis zur politischen Praxis, weil sie sich selbst als eine kritische Aktivität (vgl. Tully 2008) und insofern als Teil der politischen Praxis verstehen. Damit verbindet sich kein Anspruch auf eine höhere praktische Wirksamkeit im Vergleich zu anderen Demokratietheorien, sondern ein anderes Verständnis der Beziehung zwischen Theorie und Praxis. Um den kritischen Sinn dieses radikaldemokratischen Blicks auf Theorie und Praxis sichtbar werden zu lassen, ist es sinnvoll, zunächst schlaglichtartig gängige Unterscheidungen zwischen Theorie und Praxis bzw. Theorie und Empirie zu beleuchten (1.). In den nächsten Schritten wird es darum gehen, Demokratietheorie und demokratische Praxis als kritische Befragungsaktivitäten einzuführen (2.), die als Formen der Kontingenzgestaltung verstanden werden können (3.). Die letzten beide Schritte setzen sich dann mit der Frage auseinander, inwiefern radikale Demokratietheorien die Kritik nicht-demokratischer Praktiken zulassen (4.) und ob ihre Strategie der Eröffnung einer streitenden Auseinandersetzung über die Einrichtung unserer Welt angesichts der enormen Polarisierungen, die unsere Gegenwartsgesellschaften durch die Erfolge rechter Bewegungen kennzeichnen, überhaupt noch eine demokratietheoretisch angemessene Option darstellt (5.).

1. Theorie und Praxis – ideengeschichtliche und demokratietheoretische Schlaglichter

Das Verhältnis zwischen Politischer Philosophie und politischer Praxis kann ideengeschichtlich als Geschichte komplexer Kontroversen rekonstruiert werden. Die bis heute vielleicht einflussreiche Version dieser

Kontroverse lässt sich bis in die Antike zurückverfolgen. Dabei steht auf der einen Seite Platons Überzeugung, dass eine Praxis, die nicht durch eine Theorie angeleitet wird, die sich aus philosophischer Expertise speist, unweigerlich ins Verderben führt (vgl. Platon 1991, Buch V). Das Verhältnis von Theorie und Praxis ist in diesem Modell sehr klar konturiert: Gelungen kann eine Praxis nur dann sein, wenn sie die wohlbegründeten Einsichten, die sich nur theoretisch gewinnen lassen, umsetzt. Praxis bleibt dabei auf Umsetzung beschränkt, erkenntnistheoretisch bedeutsam ist nur die theoretische Perspektive. Auf der anderen Seite etabliert sich bereits im philosophischen Diskurs der Antike bei Aristoteles eine etwas andere Position, der zufolge es nicht so einfach ist, das Verhältnis von Theorie und Praxis zu bestimmen. Aristoteles' Überlegungen zur relativ besten Verfassung (vgl. Aristoteles 1995, Buch 4) lassen sich nämlich im Unterschied zu Platons Vorstellung einer idealen Polis erkenntnistheoretisch durchaus so verstehen, dass praktische, empirische Gegebenheiten philosophisch von Belang sind. Platon argumentiert mit der Metapher einer ausgelöschten Tafel, um zu verdeutlichen, dass aus seiner Sicht bestehende gesellschaftliche Verhältnisse zunächst massiv umgestaltet werden müssen, um an ihrer Stelle eine philosophisch begründete Ordnung zu errichten. Aristoteles weist demgegenüber darauf hin, dass die philosophische Reflexion die gesellschaftlichen Gegebenheiten ernst nehmen und sich auf der Suche nach der besten Verfassung an ihnen orientieren muss. Gegenüber stehen sich so bereits seit der Antike auf der einen Seite die Position, dass Theorie Praxis anleiten, ja modellieren muss, so dass Praxis nur die Umsetzung von Theorie ist und ihr keine eigenständige Bedeutung zukommt. Auf der anderen Seite hingegen finden wir die Überzeugung, dass praktische, empirische Gegebenheiten Eigenschaften haben, die sich theoretisch nicht einfach so verändern lassen und die bei der Theoriebildung selbst deshalb berücksichtigt werden müssen.

Platons Vorschlag begleitet das politische Denken in gewandelter Form als Vorstellung einer durch Expertise angeleiteten Wissenschaft bis in die Gegenwart und genießt auch in jüngerer Zeit in ganz verschiedenen, sowohl wissenschaftlichen als auch politischen, Kontexten große Popularität. So liegt sie etwa der Idee einer evidenzbasierten Politik zugrunde, die ihre Entscheidungen, so die Ausgangsannahme, auf wissenschaftliche Evidenz stützt und damit in die Lage versetzt werden soll, nach objektiven Kriterien zu entscheiden. Solche Vorstellungen evidenzbasierter Politik haben während der Corona-Pandemie eine

große Rolle in der staatlichen Entscheidungsfindung und politischen Kommunikation gespielt.¹ Sie begegnen uns aber auch bei nichtstaatlichen Akteuren, wie etwa der Klimaprotestbewegung *Extinction Rebellion*, wenn deren Mitgründer Roger Hallam in seiner programmatischen Schrift *Common Sense for the 21st Century* im Grunde die Forderung erhebt, klimawissenschaftliche Erkenntnisse unmittelbar politisch umzusetzen und so die Ebene der demokratischen Auseinandersetzung über die zu treffenden Entscheidungen gleichsam zu überspringen (vgl. Hallam 2019). *Extinction Rebellion* folgt damit in gewisser Weise einem seit dem Marxismus des 19. Jahrhunderts etablierten Muster: Obwohl der Marxismus philosophisch und politisch einerseits emphatisch einen Vorrang der Praxis fordert, ist auch für die marxistische Vorstellung eines wissenschaftlichen Sozialismus, eines Sozialismus also, der sich auf objektive Einsichten gründet, eine Variante der Idee, Theorie bzw. Wissenschaft könne, ja müsse politische Praxis anleiten, wesentlich.

Derlei Bestimmungen des Verhältnisses von Theorie und Praxis sind aus radikaldemokratischer Perspektive aus verschiedenen Gründen problematisch. Jacques Rancière hat so bekanntlich nachdrücklich darauf hingewiesen, dass Platons Forderung nach der Einrichtung einer philosophisch begründeten Ordnung auf eine metapolitische Perspektive hinauslaufe, die mit dem politischen Streit um die gemeinsame Weltgestaltung Schluss mache (vgl. Rancière 2002, 73ff.). Gegen die marxistische Idee eines wissenschaftlichen Sozialismus und der von ihm implizierten Vorstellung eines teleologischen Geschichtsverlaufs haben postmarxistische Autor*innen geltend gemacht, dass damit die ebenfalls marxistische Vorstellung eines emanzipatorischen Klassenkampfes und überhaupt jede politische Auseinandersetzung schon konzeptionell jeglicher Gestaltungsmöglichkeit beraubt werde, da die marxistische Wissenschaft die Ergebnisse der Geschichte ja bereits im Vorhinein festlege (vgl. Castoriadis 1990; Laclau 2007; Flügel-Martinsen 2024, Kap. 9). Mit Blick auf das derzeit auch wissenschaftspolitisch sehr prominente Konzept evidenzbasierter Politik hat Holger Straßheim in einer grundlegenden Kritik eingewendet (vgl. Straßheim 2023), dass gerade das Konzept der Evidenz, dessen Objektivitätsansprüche auf der Vorstellung umfassender Offenlegung basieren, in wesentlichen

1 Die These, dass das demokratietheoretisch bedenklich ist, entwickle ich in Flügel-Martinsen 2020b.

Hinsichten auf Verdeckungen angewiesen bleibt, weil sich die behauptete Evidenz nämlich bestimmten Geltungsbedingungen verdanke, die spezifischer und nicht allgemeiner Natur sind, so dass sinnvollerweise gar nicht in einem allgemeinen Sinne von Evidenz gesprochen werden könne – genau diese Spezifik der eigenen Geltungsbedingungen verdecken Evidenzannahmen jedoch, um objektiv und allgemeingültig erscheinen zu können.

Sind demgegenüber die auf Aristoteles zurückgehenden Überlegungen zum Eigensinn praktischer, empirischer Gegebenheiten, die sich theoretisch nicht einfach überspringen lassen, radikaldemokratietheoretisch attraktiver? Zunächst einmal darf die Differenz zwischen Platon und Aristoteles nicht überakzentuiert werden. Zwar setzt Aristoteles auf eine empirische Analyse und führt komparative Verfassungsstudien durch (vgl. Aristoteles 1995, Buch 2). In diesem Sinne kann Aristoteles als Vorläufer empirischer politischer Theorien verstanden werden, ja er etabliert mit seinem Vergleich gelungener und misslungener Verfassungstypen deren wichtiges deskriptives und analytisches Instrument der Typologie von Regierungssystemen. Gleichzeitig darf die Beziehung zwischen Platon und Aristoteles nicht mit derjenigen zwischen normativen und empirischen Demokratietheorien in der zeitgenössischen Politikwissenschaft verwechselt werden (vgl. Lembcke/Ritzi/Schaal 2012; 2016). Vielmehr bewegen sich sowohl Platon als auch Aristoteles innerhalb des Spektrums normativer politischer Theorien. Aristoteles geht dabei einen großen Schritt auf empirische politische Theorien zu, ohne aber auf eine Vorform positivistischer Wissenschaftstheorie zu setzen, die, wie es für gegenwärtige empirische politische Theorien maßgeblich ist, nur festzuhalten beansprucht, was der Fall ist. Aristoteles' Überlegungen lassen sich als eine Kritik des platonischen Idealismus der *Politeia* verstehen, gleichzeitig bleibt er immer auch ein normativer Denker, der aber der Auffassung ist, dass bestimmte empirische Gegebenheiten den Möglichkeitsraum normativer Theorie beschränken. Aristoteles begründet so seine Vorstellung der Legitimität der Sklavenhaltung oder der patriarchalen Herrschaft auf der theoretischen Grundlage einer heute in diesen Hinsichten zutiefst irritierenden normativen Anthropologie (vgl. Aristoteles 1995, Buch 1), und er behauptet, dass bestimmte ständische Ordnungen als empirische Grenzen theoretischer Gestaltungsmöglichkeiten akzeptiert werden müssen (vgl. Aristoteles 1995, Buch 4). Damit ist Aristoteles kaum ein geeignetes Vorbild für eine radikaldemokratische Bestimmung des

Verhältnisses von Theorie und Praxis, da radikale Demokratietheorien, wie wir im nächsten Schritt sehen werden, gesellschaftliche Ordnungen ebenso wie die in ihnen enthaltenen Vorstellungen von Normativität und Wissen, als historisch situierte, kontingente und damit wandelbare Entitäten verstehen – wobei demokratische Praxis immer auch in deren Infragestellung und Umgestaltung im Namen derjenigen besteht, die aus diesen Ordnungen ausgeschlossen sind oder in ihnen unterdrückt werden (vgl. Kap. 11).

2. Theorie und Praxis als kritische Befragungen

Radikale Demokratietheorien denken die Beziehung von Theorie und Praxis markant anders als in es den beiden anderen dominanten Familien der Demokratietheorie – normativen und empirischen Demokratietheorien – der Fall ist (vgl. Flügel-Martinsen 2020a, Kap. 1.4; 2021, Nachwort). Wie bereits angedeutet, setzen sich *normative Demokratietheorien* zum Ziel, Modelle von Demokratie zu rechtfertigen, die teils als normativer Maßstab zur Beurteilung bestehender Demokratien dienen oder auch eine normative Anleitung zur Demokratisierung bestehender politischer Strukturen bereitstellen sollen. Zweifellos gibt es dabei teils erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Denkschulen bzw. methodischen Ansätzen der Politischen Philosophie und Theorie². Gemeinsam ist ihnen aber die Aufgabenbestimmung, normative Demokratiekonzeptionen zu begründen, auch wenn sich konstruktivistische Ansätze (vgl. Rawls 2006) stärker von der politischen Praxis entfernen, indem sie abstrakt normative Prinzipien begründen, während interpretative (vgl. Taylor 2002) oder rekonstruktive (vgl. Honneth 2011) Theorien den Anspruch erheben, die normativen Prinzipien den sozialen und politischen Praktiken selbst zu entnehmen.³ *Empirische Demokratietheorien* zeichnen sich demgegenüber durch eine Haltung aus, die dem eigenen Anspruch nach normativ enthaltsam ist und sich auf Beschreibung und Analyse beschränkt (vgl. Lembcke/Ritzi/Schaal 2016). In beiden

2 Vgl. hierzu am Beispiel des Umgangs mit Besonderheit und Pluralismus die kritische Diskussion der verschiedenen Positionen von u.a. liberalen, deliberativen oder republikanischen Ansätzen in: Flügel-Martinsen/Martinsen 2014, Kap. 2.

3 Vgl. zur kritischen Diskussion dieser verschiedenen normativen Denk- und Methodenansätze auch Flügel-Martinsen 2017, Kap. 1.

dominanten demokratietheoretischen Familien kommt aber der Aufgabe einer theoretischen Systematisierung die wesentliche Rolle zu, wodurch Theorie und Praxis auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt werden und unterschiedlichen Logiken folgen. Radikale Demokratietheorien ebnen mögliche Unterschiede zwischen Theorie und Praxis zwar nicht einfach ein, verstehen aber beide als historisch situierte Entitäten, die unter kontingenten Bedingungen und im Spannungsfeld von Machtbeziehungen konstituiert und transformiert werden. Damit verschwindet ein Stück weit die Distanz, die wissenschaftliche Theorien üblicherweise zur empirischen Praxis unterhalten. Während normative Demokratietheorien diese Distanz durch Vorstellungen wie die der Rationalität oder begründete normative Prinzipien herstellen, bedienen sich empirische Demokratietheorien hierzu Ansprüchen wie denen der Objektivität, der Verallgemeinerung oder der Neutralität.

Radikale Demokratietheorien, so wie ich sie zu deuten vorschlage (vgl. Flügel-Martinsen 2017; 2020a; 2021), verzichten auf solche Begründungen normativer Prinzipien oder wissenschaftstheoretische Grundsätze wie Objektivität oder Neutralität und setzen an deren Stelle kritische und skeptische Befragungen, die den vermeintlich festen epistemischen Grund unter solchen Annahmen aufwühlen. Solche kritischen Befragungsstrategien sind aber nicht allein auf der Ebene der Theorie, sondern insbesondere auch auf der der demokratischen Praxis von zentraler Bedeutung. Demokratische Praxis selbst kann nämlich als eine Form der kritischen Befragung gegebener Ordnungen und ihrer Organisation von Ein- und Ausschlüssen verstanden werden.⁴ Rancières Forderung, »die Rückkehr der ›politischen Philosophie‹ ins Feld der politischen Praxis zu denken« (Rancière 2002, 13), lässt sich, so mein Vorschlag, am ehesten einlösen, wenn beide – Demokratietheorie und demokratische Praxis – als Formen der kritischen Befragung verstanden werden.

-
- 4 Dieses Befragungsmotiv ist für eine ganze Traditionslinie einer kritischen politischen Philosophie maßgeblich (vgl. Flügel-Martinsen 2017; 2021). Theoriegeschichtlich geht es meiner Rekonstruktion zufolge vor allem auf die Genealogie Nietzsches und deren Rezeption im radikalen französischen Denken des 20. Jahrhunderts zurück, wie es sich etwa in Foucaults Genealogie oder Derridas Dekonstruktion zum Ausdruck bringt. Aber auch die frühen Denklinien kritischer Theorien, die sich zu Hegel und Marx' zurückverfolgen lassen, sind hier von Gewicht. Vgl. zu dieser Ideengeschichte kritischer Befragung: Flügel-Martinsen 2017, Teil 2.

3. Kontingenzgestaltung

Diese Vorstellung einer kritischen Befragung, die aus radikaldemokratischer Sicht das gemeinsame Band zwischen Demokratietheorie und demokratischer Praxis darstellt, verweist auf die Möglichkeit einer Gestaltung und Umgestaltung gesellschaftlicher Ordnungen. Diese Möglichkeit hat zur Voraussetzung, dass gesellschaftliche und politische Ordnungen kein festes Fundament haben (vgl. Marchart 2010) und in diesem Sinne als kontingente Ordnungen verstanden werden können (vgl. Flügel-Martinsen 2020a, Kap. 2; 2021, Kap. 2). Jacques Rancière unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass Kontingenz eine Vorbedingung ist, ohne die Politik undenkbar bleiben müsste:

»Le fondement de la politique n'est en effet pas plus la convention que la nature: il est l'absence de fondement, la pure contingence de tout ordre social. Il y a de la politique simplement parce qu'aucun ordre social n'est fondé en nature, qu'aucune loi divine n'ordonne les sociétés humaines.« (Rancière 1995, 36)

»Die Grundlegung der Politik ist tatsächlich um nichts mehr Konvention als Natur: sie ist die Abwesenheit eines Grundes, die reine Kontingenz aller gesellschaftlichen Ordnung. Es gibt Politik einfach deshalb, weil keine gesellschaftliche Ordnung in der Natur gegründet ist, kein göttliches Gesetz die menschlichen Gesellschaften beherrscht.« (Rancière 2002, 28)

Für diese Überlegungen zur Kontingenz ist nach meinem Dafürhalten allerdings keine allgemeine Theorie gesellschaftlicher Kontingenz erforderlich, sondern soziale und politische Ordnungen erweisen sich in je singulären historischen Konstellationen erst im Lichte konkreter Befragungen als kontingent verfasst. So ist eine allgemeine Theorie der Kontingenz deshalb meines Erachtens weder nötig noch möglich. Radikale Demokratietheorie und demokratische Praxis stützen sich demnach nicht auf theoretisch abgesicherte Prämissen, sondern können als kritische Praktiken verstanden werden, die stets aufs Neue durch die insistenten Nadelstiche der Befragung und Infragestellung allen Ordnungen, die sich als fest und unumstößlich präsentieren, den Boden entziehen und sie als kontingente Gestaltungen einer historisch offenen Entwicklung ausweisen. Demokratietheoretiker*innen werden

damit zu Bürger*innen, die sich an einer bürgerschaftlichen Praxis des Streits um die Einrichtung unserer Welt beteiligt. James Tully versteht deshalb in diesem Sinne Demokratietheorie, ja Politische Philosophie insgesamt als »critical activity« (vgl. Tully 2008) und entwirft damit geradezu das Gegenbild zur platonischen Idee einer Herrschaft auf der Grundlage philosophischer Expertise, da bei ihm die Theorie nicht der Praxis die Linien vorgibt, sondern selbst zu einer praktischen Aktivität wird.

4. Kritik nicht-demokratischer Praxis

Emphatisch lassen sich diese kritischen Aktivitäten, die sowohl von der Demokratietheorie als auch von politischen Praktiken ausgehen können, als demokratische Weltgestaltung interpretieren. Das darf allerdings nicht zu der naiven und oftmals schmerzhaft irrigen Annahme führen, dass jegliche politische Praxis demokratisch wäre oder sich demokratische Praktiken automatisch einstellen würden. Die historische Konstellation, die man im Anschluss an Lefort als demokratisches Zeitalter bezeichnen kann, führt nicht automatisch zu demokratischen Praktiken, sondern weist lediglich die Möglichkeit auf, dass sich eine politische Kultur ausbildet, die sich der historischen Kontingenz gesellschaftlicher Ordnung innewird und sich auf das einlässt, was Lefort im Anschluss an Tocqueville das demokratische Abenteuer nennt (vgl. Flügel-Martinsen/Martinsen 2022). Allerdings ist dieses Abenteuer nicht nur stets mit Konflikten verbunden, sondern diese Konflikte erstrecken sich seit den Anfängen des demokratischen Zeitalters in den politischen und sozialen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts immer auch auf die grundlegende Auseinandersetzung darüber, ob das Bild einer gestaltungsoffenen Gesellschaft überhaupt einen gemeinsamen Bezugspunkt darstellt. Von den konterrevolutionären Bewegungen des 18. Jahrhunderts über den Chauvinismus und Rassismus des 19. Jahrhunderts bis hin zum Ultrationalismus, Faschismus und eliminatorischen Rassismus und Antisemitismus des 20. Jahrhunderts lässt sich aber durchgehend eine Linie von Positionen rekonstruieren, die der Kontingenzwahrnehmung in der Regel gewaltförmig herzustellende Vorstellungen der substanziellen Einheit eines ethnisch verstandenen Volkes oder einer vermeintlich überlegenen Rasse entgegenstellen. Zum Leidwesen der demokratischen Weltgestaltung sind diese politischen

Bewegungen zeitweise überaus erfolgreich und sie erfahren derzeit in vielen Ländern, darunter auch solchen mit repräsentativ-demokratischen Verfassungen und pluralistischen politischen Kulturen, erneut enormen Zulauf. Der neurechte Nationalismus und Rassismus mag dabei das biologistische Gewand abgestreift und es gegen eine kulturalistische Einkleidung der Ausgrenzungs- und Abwertungstheoreme ausgetauscht haben, hält aber an substanziellen identitären Denkfiguren fest.⁵

Gerade mit Blick auf den neuerlichen politischen Erfolg dieser rechten Bewegungen stellt sich die Frage, was ihnen eine Demokratietheorie entgegenzusetzen hat, die sich der Begründung normativer Positionen enthält und sich stattdessen als eine kritisch befragende Aktivität versteht, in deren Augen demokratische Praktiken immer prekär bleiben.⁶ Diese Frage stellt sich umso dringlicher, da die neurechten Bewegungen seit einiger Zeit die Semantik des Demokratischen für sich reklamieren. Ausgeschlossen ist aus der hier vertretenen demokratietheoretischen Sicht zwar, dass Demokratietheorie die Linien einer demokratischen Praxis vorzeichnet, aber das heißt keineswegs, dass die kritische Aktivität der Theorie nicht bestimmte Praxisformen zu kritisieren in der Lage wäre. Gerade gegenüber essentialistischen und exkludierenden Positionen, wie sie für rechte politische Bewegungen kennzeichnend sind, stellt das Mittel der kritischen Befragung und Infragestellung nämlich ein ausgesprochen starkes kritisches Instrument dar. Anders als normative politische Theorien würden sich kritisch befragende politische Theorien nämlich nicht die Beweislast auf, selbst eine andere Vorstellung rechtfertigen zu müssen. Solche oftmals universalistisch verstandenen Normativitätsverständnisse sind nämlich in der Regel nur um den Preis von Ausblendungen und Inkonsistenzen möglich, wie sich an genealogischen und dekonstruktiven Kritiken normativ eingesetzter Vorstellungen von Rationalität, Wissen oder Wahrheit zeigt – Vorstellungen, die, anders als es normative politische Theorien behaupten, keineswegs frei von Ausgrenzungen Anderer und Ausblendungen der

5 Zum Wandel vom biologistischen zum kulturalistischen Rassismus im 20. Jahrhundert vgl. McCarthy 2015.

6 Ausführlicher habe ich mich in anderen Arbeiten damit beschäftigt. Vgl. Flügel-Martinsen 2020a: Kap. 6 und 7 und 2021: Kap. 5.

eigenen Verwobenheit in Machtbeziehungen sind.⁷ Stattdessen können radikaldemokratische Befragungen unter Rekurs auf genealogische und dekonstruktive Denkmittel substanzielle Konzepte rechter Ideologeme entkräften, indem sie vermeintlich Überzeitliches auf dessen Entstehungsgeschichte verweisen oder die Heterogenität von angeblich Einheitlichem herausstellen – beides trifft etwa auf einen Begriff und rechten Identifikationspol wie den der Nation zu (vgl. Derrida 2000, 138). Zudem zeigen solche radikaldemokratischen Infragestellungen rechter Ideologeme auch, dass rechte politische Bewegungen die demokratische Semantik kapern, ohne dabei im Mindesten demokratisch zu sein. An die Stelle einer pluralistischen und offenen Auseinandersetzung darüber, wie wir unsere soziale und politischen Welt gestalten wollen, setzen sie essentialisierte Vorstellungen, die gerade nicht für einen pluralistischen Streit offen sind. Wenn rechte politische Bewegungen behaupten, für mehr demokratische Partizipation zu kämpfen, dann tun sie demnach genau das Gegenteil, da sie mit einem essentialisierten Begriff des Volkes arbeiten, der so angelegt ist, dass er viele Gruppen von vornherein von der politischen Mitbestimmung auszuschließen sucht (vgl. Flügel-Martinsen 2020, Kap. 6 und 7, 2021, Kap. 5).

5. Schluss: Radikale Demokratietheorien und polarisierte Gesellschaften

Radikaldemokratische Überlegungen verdanken einen nicht geringen Teil ihrer Popularität in den demokratietheoretischen Diskursen der Gegenwart einer kraftvollen Kritik neoliberaler Konsenspolitiken, indem sie gegen die Vorstellung von Konsens auf die demokratietheoretische Bedeutung von Dissens und Konflikt aufmerksam gemacht haben, die bei den gängigen anderen Demokratietheorien eher als

7 Diese genealogischen und dekonstruktiven Kritiken gehen u.a. auf Nietzsches Genealogie (vgl. Nietzsche 1999a; b), ihre Weiterentwicklung bei Foucault (vgl. Foucault 2002) und die Dekonstruktion Derridas (vgl. Derrida 2006) zurück (vgl. Flügel-Martinsen 2017, Teil 2). Ihre kritische Rezeption spielt eine wichtige Rolle in feministischen (vgl. Butler 2001; 2003; Young 2000) und postkolonialen (Spivak 2008; Said 2014) Kritiken von Ausgrenzungen und Abwertungen durch Rekurse auf universalistische Normativitätsverständnisse, Rationalität, Wissen und Wahrheit.

Problem, denn als wichtige Dimension demokratischer Praxis aufgefasst werden. Ist das aber, so lässt sich vor dem Hintergrund einer Krise der neoliberalen Hegemonie (vgl. Mouffe 2023) fragen, in deren Ruinen sich, mit Wendy Browns Bild gefasst (vgl. Brown 2019a), in den westlichen Demokratien zunehmend rechtsautoritäre, antidemokratische Bewegungen einnisten, heute noch eine angemessene Strategie demokratischer Emanzipationspolitiken? Haben sich Konflikt und Dissens mittlerweile nicht in einem so bedenklichen Maß Bahn gebrochen, dass die Institutionengefüge der liberalen Demokratien zu zerbrechen drohen – allerdings ohne dass sie zu Institutionen transformiert werden, in denen sich die Erfolge emanzipatorischer Kämpfe niederschlagen. Ist es nicht vielmehr so, dass kritische Befragungen liberaldemokratischer Institutionen solange ein probates Mittel emanzipatorischer demokratischer und demokratietheoretischer Aktivitäten waren, wie die Beharrungskräfte des neoliberalen Diskurses Dissensartikulationen weitgehend unterbinden oder verpuffen lassen konnten – und erscheint es in dem Moment, in dem neurechte Bewegungen liberaldemokratische Institutionen von innen schleifen, wenn sie in Regierungsverantwortung kommen, oder von außen, teils sogar wie beim Sturm auf das Kapitol im Januar 2021 in Form neofaschistischer Mobs, attackieren, geboten, die Befragungsstrategie einzustellen und gegen die Bedrohung von rechts zusammenzustehen?

Solchen möglichen Einwänden liegen meines Erachtens eine ganze Reihe an Fehleinschätzungen zugrunde. Ich möchte mich abschließend auf drei mir wesentlich erscheinende Punkte beschränken.

So ist *erstens* darauf hinzuweisen, dass ohne Dissensartikulationen und kritische Befragungen demokratische Emanzipationspolitiken überhaupt nicht vorstellbar sind. Radikaldemokratische Positionen unterstreichen nach meinem Dafürhalten einen wesentlichen Punkt, wenn sie darauf hinweisen, dass sich Demokratie nicht als ein Regierungssystem verstehen lässt, in dem feststehende Regeln vorgeben, was eine demokratische Praxis ist. Der Streit um demokratische Verfahren, aber auch die unaufhörlichen Auseinandersetzungen darüber, wer oder was das demokratische Volk ist (vgl. Badiou et al. 2013), machen emanzipatorische demokratische Politiken überhaupt erst möglich. Étienne Balibar bringt das auf den Punkt, wenn er darauf hinweist, dass die praktische Ausübung demokratischer Staatsbürgerschaft, ja die demokratische Staatsbürgerschaft selbst konstitutiv auf Konflikte angewiesen ist: »Die demokratische Staatsbürgerschaft ist also konfliktgeladen oder sie ist nicht.«

(Balibar 2012, 236, Herv. i.O.). Radikale Demokratietheorien fügen demnach einer demokratischen Praxis nicht eine konfliktgeladene Dimension hinzu, die in Krisensituationen auch verzichtbar sein könnte, sondern sie weisen vielmehr darauf hin, dass demokratische Praxis ohne Konflikte nicht zu haben ist.

Bleibt es aber nicht dennoch richtig, dass es heute angesichts massiver rechter Bedrohungen eher um eine Verteidigung liberaldemokratischer Institutionen als um deren unausgesetzte Befragung oder gar Infragestellung gehen müsste? Zu dieser Frage steuern zunächst die im vorangegangenen Abschnitt angestellten Überlegungen bereits einen wichtigen Hinweis bei: Demokratische Praxis wird durch Konflikte und Auseinandersetzungen überhaupt erst zu einer demokratischen Praxis. Wichtig ist es aber *zweitens* die radikaldemokratische Überlegung, dass demokratische Dissensartikulationen politische Institutionen transformieren können und in vielen Fällen auch müssen, nicht mit der Forderung nach einer Abschaffung rechtsstaatlicher Institutionen zu verwechseln (vgl. Flügel-Martinsen/Martinsen 2020). Sicherlich gibt es, etwa im politischen Denken Miguel Absensours, auch die Forderung, staatliche Institutionen zu überwinden, um Demokratie zu ermöglichen (vgl. Absensour 2012; Richter 2019). Ungleich fruchtbarer scheinen mir aber demgegenüber die zahlreichen Stimmen im radikaldemokratischen Diskurs zu sein, die darauf bestehen, dass demokratische Praxis immer auch über bestehende institutionelle Arrangements hinausgehen muss, etwa um den Sinn und die Reichweite von politischen Rechten zu verändern (vgl. Martinsen 2019), aber dass diese Auseinandersetzungen wiederum in institutionelle Bahnen münden müssen. Kurz, radikaler Demokratietheorie, so wie ich sie zu deuten vorschlage, geht es um eine Auseinandersetzung mit den Institutionen liberaldemokratischer Rechtsstaaten, nicht um deren Abschaffung.⁸

Drittens möchte ich schließlich betonen, dass gerade angesichts der Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts die kritisch-

8 Auch wenn ich Mouffes Hinwendung zum Linkspopulismus (vgl. Mouffe 2018) skeptisch gegenüberstehe u.a. da ich nicht sehe, wie sich nationale Leidenschaften oder die Identifikation mit politischen Führungsfiguren in einer nicht-autoritären und nicht-rechten Form denken lassen sollten, scheint mir ihr Hinweis, dass es immer um eine gestalterische Auseinandersetzung mit Institutionen und nicht um einen Rückzug aus ihnen oder um deren Abschaffung gehen muss, sehr wichtig zu sein (vgl. Mouffe 2014).

befragenden Instrumente der radikalen Demokratietheorie wichtiger denn je erscheinen. Die Kritik der neoliberalen Hegemonie, die radikale Demokratietheorien deutlich früher und tiefgreifender als andere demokratietheoretische Ansätze artikuliert haben (vgl. Flügel-Martinsen 2021, Kap. 4), ist durch die Rechtsverschiebungen der politischen Gegenwartsdiskurse keineswegs obsolet geworden, sondern muss nur etwas anders justiert werden. Der gegenwärtige Aufschwung rechter Positionen verdankt sich nämlich zu großen Teilen der Kombination eines negativen Freiheitsbegriffs, wie wir ihn in neoliberalen Argumentationen finden, mit rechtsautoritären Positionen (vgl. Brown 2019b; Amlinger/Nachtwey 2022). Eine Demokratietheorie muss deshalb in der Lage sein, die Kritik neoliberaler Freiheits- und Subjektverständnisse mit einer Kritik rechtsautoritärer Ideologeme zu verknüpfen. Das aber sind geradezu die Kernkompetenzen radikaler Demokratietheorien. Die Zeit radikaler Demokratietheorie als kritischer Befragungspraxis ist deshalb keineswegs vorüber, der Bedarf nach ihr ist vielmehr höher denn je.

Literatur

- Abensour, Miguel 2012, *Demokratie gegen den Staat*, Berlin.
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver 2022, *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin.
- Aristoteles 1995, *Politik*, Hamburg.
- Badiou, Alain et al. 2013, *Qu'est-ce qu'un Peuple*, Paris.
- Balibar, Étienne 2012, *Gleichfreiheit*, Berlin.
- Brown, Wendy 2019a, *In the Ruins of Neoliberalism*, New York.
- Brown, Wendy 2019b, Das Monster des Neoliberalismus. Autoritäre Freiheit in den ›Demokratien‹ des 21. Jahrhunderts, in: Bohmann, Ulf/Sörensen, Paul (Hg.), *Kritische Theorie der Politik*, Berlin, 539–576.
- Butler, Judith 2001, *Psyche der Macht*, Frankfurt a.M.
- Butler, Judith 2003, *Kritik der ethischen Gewalt*, Frankfurt a.M.
- Castoriadis, Cornelius 1990, *Gesellschaft als imaginäre Institution*, Frankfurt a.M.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2017, *Befragungen des Politischen*, Wiesbaden.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2020a, *Radikale Demokratietheorien zur Einführung*, Hamburg.

- Flügel-Martinsen, Oliver 2020b, *Zeit der Pandemie, Zeit der harten Wissenschaft?*, in: Arnold, Clara et al. (Hg.), *Kritik in der Krise*, Baden-Baden, 183–196.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2021, *Kritik der Gegenwart*, Bielefeld.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2024, *Plurale Kritik*, Frankfurt a.M.
- Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska 2014, *Politische Philosophie der Besonderheit*, Frankfurt a.M.
- Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska 2020, *Befragung ja, Abschaffung nein? Zum Verhältnis von radikaler Demokratietheorie und Institutionen*, in: Flatscher, Matthias/Herrmann, Steffen (Hg.), *Institutionen des Politischen*, Baden-Baden, 27–41.
- Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska 2022, *Radikaldemokratische Freiheit und das Abenteuer demokratischer Politik*, in: Nonhoff, Martin/Haunss, Sebastian/Klenk, Tanja/Pritzlaff-Scheele, Tanja (Hg.), *Gesellschaft und Politik verstehen*, Frankfurt a.M., 65–79.
- Foucault, Michel 2002, *Nietzsche, die Genealogie, die Historie*, in: *Dits et Écrits. Schriften*, Bd. 2. Frankfurt a.M., 166–191.
- Hallam, Roger 2019, *Common Sense for the 21st Century*. o.O. (Download: <https://dokumen.pub/common-sense-for-the-21st-century.html>)
- Honneth, Axel 2011, *Das Recht der Freiheit*, Berlin.
- Laclau, Ernesto 2007, *Ideologie und Post-Marxismus*, in: Nonhoff, Martin (Hg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie*, Bielefeld, 25–40.
- Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary (Hg.) 2012, *Zeitgenössische Demokratietheorien*, Bd. 1: *Normative Demokratietheorien*, Wiesbaden.
- Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary (Hg.) 2016, *Zeitgenössische Demokratietheorien*, Bd. 2: *Empirische Demokratietheorien*, Wiesbaden.
- Martinsen, Franziska 2019, *Grenzen der Menschenrechte*, Bielefeld.
- Mouffe, Chantal 2014, *Agonistik*, Berlin.
- Mouffe, Chantal 2018, *Für einen linken Populismus*, Berlin.
- Mouffe, Chantal 2023, *Towards a Green Democratic Revolution*, London.
- McCarthy, Thomas 2015, *Rassismus, Imperialismus und die Idee menschlicher Entwicklung*, Berlin.
- Nietzsche, Friedrich 1999a, *Jenseits von Gut und Böse*, KSA, Bd. 5. München/Berlin/New York, 9–244.
- Nietzsche, Friedrich 1999b, *Zur Genealogie der Moral*, KSA, Bd. 5. München/Berlin/New York, 245–412.
- Platon 1991, *Politeia*, Frankfurt a.M.
- Rancière, Jacques 1995, *La Méseintente*, Paris.
- Rancière, Jacques 2002, *Das Unvernehmen*, Frankfurt a.M.

- Rawls, John 2006, *Gerechtigkeit als Fairneß*, Frankfurt a.M.
- Richter, Emanuel 2019, Miguel Abensour, in: Comtesse, Dagmar et al. (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin, 179–189.
- Said, Edward 2014, *Orientalismus*, Frankfurt a.M.
- Spivak, Gayatri 2008, *Can the Subaltern Speak?*, Wien.
- Straßheim, Holger 2023, Ironie der Evidenz, in: Bender, Saskia/Flügel-Martinsen, Oliver/Vogt, Michaela (Hg.), *Verdeckungen*, Bielefeld, 83–109.
- Taylor, Charles 2002, *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?*, Frankfurt a.M.
- Tully, James 2008, Public Philosophy as Critical Activity, in: Ders. *Public Philosophy in a New Key*, Bd. 1. Cambridge et al., 15–38.
- Young, Iris M. 2000, *Inclusion and Democracy*, Oxford.